

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Koalition gegen Verschärfungen im Asylgesetz und im Ausländerrecht

Stellungnahme des Schweizerischen Friedensrates

Friedensrat für Umsetzung der Menschenrechte statt verfehlte Gesetzesrevisionen

Seit seiner Gründung 1945 hat sich der Schweizerische Friedensrat SFR nicht nur für den Beitritt der Schweiz zur UNO eingesetzt, sondern auch dafür, dass die Verfassung und Gesetze ausdrücklich auf die Menschenrechte abstützt. So hat sich der SFR denn auch wiederholt dafür engagiert, dass das Asylrecht als Grundrecht für die Flüchtlinge und nicht als Ermessens- bis Gnadenakt des Staates ausgestaltet wird.

Entsprechend hat er sich gegen die zunehmenden Verschärfungen im Asylrecht zur Wehr gesetzt und lehnt auch die neueste Vorlage vollumfänglich ab. Mit dem Ansinnen, Wehrdienstverweigerung und Desertion gänzlich als Asylgrund auszuschliessen – es ist schon bisher kein eigenständiger Asylgrund – würde die Schweiz die schlimmsten Regimes auf dieser Welt stützen, die ihre Jugend in den Kriegsdienst für Aggressionskriege zwingt. Eine solche Gesetzesregelung ist mit der Schweizer Mitgliedschaft im UNO-Menschenrechtsrat nicht vereinbar.

Nicht weniger verfehlt ist die vorgeschlagene Revision des Ausländerrechts, die die Diskrepanz zwischen dem menschenrechtskonformen Status der Menschen aus dem EU-Raum und der prekären Rechtsstellung der Angehörigen aus den so genannten Drittstaaten erneut verschärft. Sie würde einen weiteren Schritt hin zur Schaffung von zwei Kategorien von menschlichen Lebewesen in der Schweiz bedeuten. Auf der Sonnenseite die (weissen) EU-Menschen mit vollem Schutz der Menschenrechte und auf der Schattenseite die (farbigen) Dritt-Welt-Menschen, denen elementare Rechte vorenthalten werden und die behördlicher Willkür ausgesetzt sind. Feiert das Gespenst der Apartheid eine Wiederauferstehung? Das darf nicht sein.

Deshalb ist die Übung mit der Asyl- und Ausländergesetzrevision unverzüglich abubrechen.

Der Schweizerische Friedensrat SFR setzt sich seit über 60 Jahren für eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz, für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und für Frieden und Abrüstung ein. Er hat sich insbesondere auch gegen die vielen Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechtes der letzten Jahre engagiert. Mit seiner Kampagne gegen Kleinwaffen setzt er sich für das Recht auf unversehrtes Leben ein.

Für Medienanfragen:

Tel. 044 242 93 21, info@friedensrat.ch